



# Tagesbericht

3. September 1953

Information Nr. 1058

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 415–421 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis a–g.

## **Die Lage in den Industrie- und Verkehrsbetrieben**

Den größten Umfang nehmen zzt. in den Betrieben die Diskussionen über die Verhaftungen von Interzonenreisenden in Westdeutschland ein.<sup>1</sup> Während man in geringer Zahl gegen die Verhaftungen protestiert (Großkokerei Lauchhammer/Cottbus und Baustellen des BKW »Friedenswacht«), wird vom größten Teil dahingehend Stellung genommen, dass »wir selbst die Schuld tragen und die Verhaftungen vom Westen aus durchaus gerechtfertigt sind, sie wurden von uns nach dem Westen geschickt, um Wahlpropaganda zu machen«.

Im VEB RFT Gera äußerte die AGL-Vorsitzende Sonja Klotz: »Die Verhaftungen der Interzonenreisenden brauchten nicht zu sein, dies ist auch eine Provokation von unserer Seite. Am 17.6.1953 haben wir auch Westberliner als Provokateure verhaftet.«

Im Transformatorenwerk »Karl Liebknecht« [Berlin-]Oberschöneweide wird den Meldungen des ND<sup>2</sup> über willkürliche Verhaftungen Interzonenreisender kein Glauben geschenkt.

Im Kraftwerk Dresden sagte der Genosse [Name 1]: »Die Partei hatte mit dieser Aktion einen großen Fehler begangen, sonst hätten nicht so viele verhaftet werden können. Die Partei muss endlich einmal lernen, wie man bestimmte politische Probleme richtig organisiert und durchführt.«

Weiterhin wird verschiedentlich die Entlassung von »Paketabholern« abgelehnt. So erklärten die Kollegen des RBA Rostock, dass sie ihre Unterschrift für die Entlassung der »Paketabholer« nicht geben werden. Große Empörung fand das »Vorgehen gegen einen Zigarettenhändler in der Presse« unter den Arbeitern des KWO Berlin, welcher ein Paket abgeholt hatte.<sup>3</sup>

Auf verschiedenen Bahnmeistereien der RBD Schwerin sind die Kollegen empört, dass sie keine Bezugsscheine für Arbeitskleidung erhalten, trotzdem sie im Konsum vorhanden sind (z. B. Bahnmeisterei Perleberg, Wittstock und Bahnhof Glöwen). Aus diesem Grunde zahlt ein Teil der Kollegen keine FDGB-Beiträge mehr.

In dem VEB Flachsröste Burg Stargard/Neubrandenburg wollen die Arbeiter die Arbeit niederlegen, wenn die Lohnfrage nicht in Kürze geregelt wird.

Unter den Wärtern der Ofenbatterie des Eisenwerkes West Calbe/Magdeburg herrscht eine sehr schlechte Stimmung, da sie stark unter CO-Gaseinwirkung zu leiden haben und verschiedene nach kurzer Zeit lungenkrank werden. Man hat trotz Mitteilung an die zuständigen Stellen bisher noch keine Abhilfe geschaffen.

In der Bau-Union Calbe (Eisenwerk West) besteht eine schlechte Arbeitsmoral, da die Betriebsleitung sich noch nicht auf den neuen Kurs umgestellt hat.

In dem VEB Eisenwerk Tangerhütte/Magdeburg (Belegschaft 1 100) und Holzverarbeitungswerk Tangerhütte/Magdeburg besteht eine feindliche Stimmung gegen die SU und die Regierung der DDR. Hier ist eine Konzentration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zu verzeichnen.

In verschiedenen Betrieben des Bezirkes Schwerin (VEB Zellwolle und VEB Textima Wittenberge u. a.) wird unter den Arbeitern eine verstärkte Unruhe festgestellt. Man spricht davon, dass in diesem Jahr nur 1½ Ztr. Einkellerungskartoffeln ausgegeben werden. Es treten bereits Angstkäufe bei Kartoffeln ein, »um sich noch einzudecken«. Im VEB Wellendichtung Weißensee wird von den Arbeitern der Lohngruppen I–IV die Tendenz vertreten, langsam zu arbeiten, damit man nicht zu viel verdient und die Arbeitsnormen [nicht] wieder erhöht werden.

Im Transformatorenwerk »Karl Liebknecht« Oberschöneweide hat sich der technische Direktor Bernhard *Pietrus* nach Westberlin abgesetzt.

## **Die Lage in der Landwirtschaft**

Schwierigkeiten bestehen besonders in der Sollablieferung. Die Argumente sind verschieden. So äußert man sich im Bezirk Neubrandenburg: »Nur 60–70 % abzuliefern, da die Düngertlieferung auch nicht mehr betrug, oder das Soll ist höher als die Ernte.« In Ober- und Niederspier/Erfurt: »Man muss die Wahlen in Westdeutschland abwarten, vielleicht kommt es noch anders.« In Rohrbach/Erfurt beträgt die Ablieferung 20 %, es wird eine Sollermäßigung erwartet. In den Kreisen Genthin und Halberstadt/Magdeburg wollen Neu-, Mittel- und Großbauern dem Ablieferungssoll nicht nachkommen und verlangen Gleichstellung mit der LPG. Gleiche Forderungen treten im Bezirk Potsdam in Erscheinung. In den Grenzorten (Bezirk Magdeburg) wird Sollherabsetzung gefordert mit der Begründung: »Können nur zweimal wöchentlich zu bestimmten Stunden ihre Äcker bestellen.« Diese Haltung und Argumentation ist zum großen Teil auf feindlichen Einfluss (RIAS und Großbauern) zurückzuführen. So wurde z. B. eine Versammlung in Bömenzien<sup>4</sup>/Magdeburg durch Großbauern negativ beeinflusst (neuer Kurs schlechter als vorher), was Zustimmung unter den Klein-, Mittel- und Großbauern fand.

Aus Cottbus wird gemeldet, dass der Maschinenpark der MTS den Anforderungen nicht gewachsen ist. Ein Mangel an Ersatzteilen in der MTS macht sich in allen Bezirken bemerkbar.

In den LPG macht sich besonders in der Erntezeit ein Arbeitskräftemangel bemerkbar, was zum Teil durch schlechte Arbeitsauffassung von LPG-Mitgliedern verstärkt wird. So wird aus Schwerin bekannt, dass bei der LPG Frauenmark ca. 8 ha, bei der LPG Kasendorf 25 ha und in der Gemeinde Raddingsdorf ca. 30 ha Getreide auf den Feldern steht und dem Verderb ausgesetzt ist.

Verstärkt tritt in Erscheinung, dass durch die VEAB Kohl, Gurken, Frühkartoffeln usw. nicht abgeholt oder nicht abgesetzt werden können, dort lagern und dem Verderb ausgesetzt sind. Es werden Stimmen laut, wo man durch die Einfuhr befürchtet, landwirtschaftliche Produkte nicht absetzen zu können.

## **Stimmung der übrigen Bevölkerung**

Im Vordergrund der Diskussion steht die Verhaftung von Interzonenreisenden. Zum überwiegenden Teil wird von einer Westaktion der Partei und FDJ gesprochen, wobei fortschrittliche Kreise die unverantwortliche Organisation hervorheben. Ein kleinerer Teil bringt zum Ausdruck, »dass der Versuch der SED, einen Wahlrummel in Westdeutschland zu inszenieren, fehlschlug«. Vereinzelt wird dies als Provokation bezeichnet, um einen Grund zu haben, die Grenzen wieder zuzumachen.

Zum Teil macht sich unter der Bevölkerung eine abwartende Haltung bemerkbar. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass man mit Spannung auf den Ausgang der Wahlen in Westdeutschland wartet. Vereinzelt treten reaktionäre Elemente mit negativen Diskussionen in Erscheinung, wie z. B. der 1. Kreissekretär der LDP Bautzen: »Zu den Wahlen in Westdeutschland wird es nicht kommen, denn vorher bricht bei uns die Revolution aus.«

Verstärkt treten im Bezirk Potsdam negative Diskussionen in Bezug der Paketprovokation in Erscheinung. Zu Erregung und negativen Diskussionen kommt es besonders dann, wenn diese Bettelpakete durch VP abgenommen werden. Am 1.9.1953, gegen 17.00 Uhr, wurden die abgenommenen Bettelpakete vom Bahnhof Potsdam-Babelsberg durch Genossen der SED-Bezirksleitung abgeholt. Ein heruntergefallenes Bettelpaket war Anlass zu einer Zusammenrottung von ca. 400 bis 500 Personen, die durch VP zerstreut werden musste. Gegen 22.00 Uhr rotteten sich nochmals 400 Personen zusammen, die gleichfalls durch die Einsatzgruppe der VP zerstreut wurden.

Änderungen in der Diskussion über die mangelnde Versorgung mit Strom, Kohle usw. sind gegenüber den Vortagen nicht zu verzeichnen.

## ***Ereignisse von besonderer Bedeutung***

Von Messebesuchern wird immer wieder der große Fortschritt unserer Wirtschaft hervorgehoben. Besondere Anziehungspunkte bilden Ausstellungen der UdSSR, China und der Volksdemokratien.

Westdeutsche Besucher äußern, dass die bereits großen Erfolge der DDR nach einer Einigung Ost- und Westdeutschlands bedeutend erweitert werden können. Man hofft, dass die Wahl am 6.9.1953 die Entscheidung bringt und Adenauer abtreten muss.

Erstaunen äußert man über das große Lebensmittelangebot, da in Westdeutschland eine wüste Hetze gegen die DDR betrieben wird, um Menschen vom Besuch der Messe abzuhalten. Von vielen Besuchern (besonders Kaufleuten) der DDR wird Misstrauen geäußert, da die große Nachfrage nach ausgestellten Waren nicht befriedigt werden kann.

## ***Organisierte Feindseligkeit***

Am 30.8.1953 wurden in der Nähe von Lenzen/Elbe, Schwerin, 500 Flugblätter gefunden. Inhalt: Verleumdung unserer Regierungsmitglieder, Hetze gegen Kommunismus. Im Kreis Finsterwalde/Cottbus, wurden mehrere Ballons festgestellt mit der Aufschrift: »Freiheit SPD«. Daran befestigte Flugblätter des Ostbüros der SPD<sup>5</sup> hatten den 17.6.1953 zum Inhalt. Am 1.9.1953 wurden 6 000 Flugblätter in der Gemeinde Blankenfelde/Potsdam sichergestellt. Der Inhalt ist gegen die Funktionäre der SED gerichtet. Sie waren zum Teil noch gebündelt. Am 1.9.1953 wurde in Berlin-Schönholz ein Ballon mit 500 bis 600 Flugblättern von KVP abgeschossen und sichergestellt.

Am 1.9.1953 wurden auf den Rieselfeldern Berlin-Blankenfelde mehrere Tausend Flugblätter der NTS<sup>6</sup> gefunden. Am 2.9.1953 wurden entlang der Autobahn Fürstenwalde-Frankfurt 82 Hetzschriften der NTS gefunden. Inhalt wie bekannt. 20 der gleichen Flugblätter wurden vor dem VPKA Fürstenwalde gefunden. Es wurde dazu festgestellt, dass sich im Kreisgebiet Fürstenwalde ein amerikanischer Pkw bewegte, der im Verdacht steht, diese Flugblätter verbreitet zu haben.

In verschiedenen Bezirken (Neubrandenburg, Frankfurt, Potsdam) werden verstärkt Hetz- und Drohbriefe an Personen, besonders an Funktionäre, gerichtet, welche hauptsächlich von UfJ<sup>7</sup> und SPD-Ostbüro verschickt werden. Sie fordern die Genossenschaftsbauern auf, aus der LPG auszutreten und rufen die Bevölkerung zum passiven Widerstand auf. So erhielt z. B. der LPG-Vorsitzende Joachim *Ewich* aus Markow/Neubrandenburg<sup>8</sup> einen Brief vom UfJ.

[Vorname Name 2] aus Glienicke/Potsdam schickte man einen Drohbrief aus Westdeutschland vom »Kampfbund für Frieden und Freiheit«,<sup>9</sup> indem man ihm mitteilte, dass nach der Bundestagswahl eine öffentliche Anklage gegen ihn als Vaterlandsverräter erhoben wird, wobei er mit einer Todesstrafe zu rechnen hat.

Der RIAS forderte im Landfunk am 1.9.1953 die Bauern der DDR auf, ihre Ferkelproduktion nicht zu steigern, um nicht Gefahr zu laufen, durch mangelhafte Futtergrundlage die Schweine nicht füttern zu können oder durch Schweinepest größere Bestände zu verlieren.

Die westlichen Geheimdienste interessieren sich für die inhaftierten Interzonenreisenden aus der DDR.

## ***Vermutlich organisierte feindliche Tätigkeit***

Am 31.8.1953 wurde in Schönheide/Karl-Marx-Stadt der Kreissekretär des FDGB Bau-Holz, Kreis Schneeberg, *Liebiger*, auf dem Heimwege von einer Familienfeier niedergeschlagen.

Am 2.9.1953, gegen 17.00 Uhr, explodierte im BKW Plessa/Cottbus ein Generator. Ursache und Höhe des Schadens noch nicht ermittelt.

## Einschätzung der Situation

Die Diskussion über die Note der SU und das Kommuniqué hat nachgelassen. Zzt. spricht man sehr viel über die Verhaftung der Interzonenreisenden in Westdeutschland. Die Fehler, welche bei der Organisation dieser Aktion gemacht wurden, wirken sich sehr nachteilig aus. Von fortschrittlichen Menschen wird gesagt, dass sie die schlechte Organisation dieser Maßnahme verurteilen. Die feindlichen Elemente in der DDR, die Westpresse und der westliche Rundfunk stellen diese Aktion als Provokation hin und nutzen sie zu einer wüsten Hetze gegen Partei, Regierung und FDJ aus.

Die Stimmung vieler Belegschaften wird stark beeinflusst durch die feindliche Propaganda, durch die Mängel in den Betrieben und Mängel in der Versorgung. Im Verhältnis zur DDR ist die Stimmung in den Berliner Betrieben am schlechtesten. Vielfach fehlt es an guter Aufklärung, deshalb wird oft die Entlassung von »Paketabholern« und auch die Sicherstellung der Pakete durch die VP von vielen nicht verstanden.

Durch die verstärkte Feindtätigkeit nehmen auch auf dem Lande die Schwierigkeiten in der Ablieferung zu. Das Versagen der VEAB trägt ebenfalls zur Schädigung unserer Wirtschaft und zur Erhöhung der Missstimmung bei.

1

In der DDR-Presse lief eine Kampagne, die die Festnahmen von SED- und FDJ-Mitgliedern, die im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf in großer Zahl organisiert in den Westen einzureisen versuchten (vgl. Information Nr. 1056 v. 1.9.1953), zum Anlass nahm, um den bundesdeutschen »Polizeiterror« gegen Interzonenreisende zu beklagen. Vgl. »Wilder Polizeiterror an der Zonengrenze. Adenauer gab den Befehl – Furcht vor Wahrheit – über 3 600 Interzonenreisende brutal verhaftet«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 1.9.1953, S. 1.

2

Vgl. »Adenauer füllt die Gefängnisse mit friedliebenden Interzonenreisenden«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 3.9.1953, S. 1. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums vom 3.9.1953 betrug die Gesamtzahl der »Aufgegriffenen« 7 240 und die Zahl der inhaftierten »FDJ- und SED-Angehörigen« rund 4 200. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 5.9.1953, Nr. 169, S. 1414.

3

Unter der Überschrift »Sie ließen sich in Westberlin als Agenten registrieren« veröffentlichte das ND, Berliner Ausgabe, v. 28.8.1953, S. 6, die Namen und Anschriften von verschiedenen »Paketabholern« u. a. eines Zigarettenhändlers, der ein Geschäft gegenüber dem Werkseingang des Kabelwerks Oberspree in Berlin-Oberschöneweide besaß. Am Tag der Veröffentlichung organisierte die SED ein Rollkommando von (angeblichen) KWO-Arbeitern, die das Ladenbesitzerehepaar heimsuchte, beschimpfte und die Parole »Dieser Bettelpaketabholer ist für den Krieg« mit Ölfarbe auf die Schaufensterscheibe malte, worüber dann zwei Tage später breit auf der Berlin-Seite des Parteiorgans berichtet wurde. Vgl. »Der Laden muss zugemacht werden«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 30.8.1953, S. 8.

4

Im Original »Pömezín«.

5

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

6

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

7

Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechtshandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen Fünfzigerjahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext US-amerikanischer »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch

mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

8

Gemeint ist wohl Groß Markow, Kreis Teterow, Bezirk Neubrandenburg.

9

Es handelte sich um den »Volksbund für Frieden und Freiheit«, der teilweise auch als »Kampfbund« firmierte, eine im August 1950 in Hamburg gegründete scharf antikommunistische Organisation, die stark von ehemaligen Nationalsozialisten geprägt war, aber über gute Beziehungen zu US-amerikanischen Stellen verfügte und in erheblichem Umfang vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde. Vgl. Friedel, Mathias: Der Volksbund Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus. St. Augustin 2001.